

# LandesElternBeirat

Rheinland-Pfalz

Heft4/2007 Oktober / Dezember 2007

## LET bietet Forum für Schulstrukturdebatte



von links nach rechts: Prof. Rudi Krawitz, Leiter des Zentrums für Lehrerbildung am Campus Koblenz, Ministerin Doris Ahnen, Landeselternsprecher Michael Esser, Dieter Lintz, Redakteur des Trierischen Volksfreunds, Wilfried Steinert, Schulleiter und Ex-Bundeselternsprecher, Max Laveuve, Vorsitzender des Philologenverbandes

### Aus dem Inhalt:

Bericht vom Landeselterntag 2007

Prinzip „länger gemeinsam lernen“

Seite 2-5

Ein Schritt in die richtige Richtung

Die Realschule plus

Seite 6-7

Der neue LEB-Vorstand

Für die Bildung nur das Beste

Seite 8-9

Ich bin der Meinung Komma dass

Nicht das Ei des Kolumbus

Seite 11

## Adressen der Mitglieder des 14. Landeselternbeirats

### Grundschulen

- Koblenz:** Bernd Schaefer, Mühlenweg 2,  
57555 Mudersbach, 02745 - 930 188  
Udo Viebig, An der Domäne 12,  
55469 Simmern, Tel.: 06761 - 12 330
- Neustadt:** Dr. Volker Schliephake, Kaiser Konrad Str. 29,  
67105 Schifferstadt, Tel.: 06235-82501  
Gunter Westrich, Waldstr. 15,  
67685 Erzenhausen, Tel.: 06374 - 91 90 71
- Trier:** Frank Häuser, Kelberger Str. 42,  
56812 Cochem, Tel.: 02671 - 915 506

### Hauptschulen

- Koblenz:** Karl Hermann Hennecke, Sylvesterstr. 31,  
56220 Kaltenengers, Tel.: 02630-6363  
Mathias Kleine, Schlosshof 3,  
57537 Wissen, Tel.: 02742-910624
- Neustadt:** Helmut Riedl, Langstr. 44,  
55257 Budenheim, Tel.: 06139 - 399  
Simone Schober, Wormser Str. 37,  
67591 Wachenheim, Tel.: 06243 - 486
- Trier:** Rosemarie Schneider, Folzerweg 7,  
54347 Neumagen-Dhron, Tel.: 06507 - 63 31

### Gymnasien

- Koblenz:** Gabriele Laschet-Einig, Zur Ruppertsklamm 20,  
56112 Lahnstein, Tel.: 02621-61596
- Neustadt:** Michael Esser, Wasserhohl 33,  
67098 Bad Dürkheim, Tel.: 06322-958170  
Gabriele Weindel-Güdemann, Verdistr. 33,  
67346 Speyer, Tel.: 06232 - 43393
- Trier:** Rudolf Merod, Max-Planck-Str. 32 -34,  
54296 Trier, Tel.: 0651 - 99 17 814

### BBS

- Koblenz:** Martin Braun, Auf Kättchesdell 38,  
56567 Neuwied, Tel.: 02631 - 74 366
- Neustadt:** Klaudia Moser, Hohenzollernstr. 45,  
67063 Ludwigshafen, Tel.: 0621 - 633 495  
Jürgen Weil, Adelbergstr. 13,  
55237 Flonheim, Tel.: 06734 - 88 94
- Trier:** Günter Schönweiler, Birkenstr. 2,  
55743 Idar-Oberstein, Tel.: 06781 - 280 39

### IGS

- Koblenz:** Udo Wirth, Laubenheimer Str. 2,  
55452 Dorsheim, Tel.: 06721 - 32442
- Neustadt:** Jürgen Meyer, Lina-Sommer-Weg 5,  
67067 Ludwigshafen, Tel.: 0621 - 55 27 42

### Regionale Schule

- Koblenz:** Ralf Quirbach, Lindenallee 18,  
56077 Koblenz, Tel.: 0261 - 77 993
- Neustadt:** Gabi Bonn, Kirchstr. 87 a,  
67363 Lustadt, Tel.: 06347 - 918 240
- Trier:** Christa Schweitzer-Weiland, Obere Kirchstr. 43,  
55743 Idar-Oberstein, Tel.: 06784 - 12 38

### Realschulen

- Koblenz:** Hubert Werner, Alte Zigelei 30,  
53474 Bd.Neuenahr-Ahrweiler, Tel.: 06241-902572
- Neustadt:** Wolfgang Harsch, Wegelburgstr. 24,  
76829 Landau, Tel.: 06341 - 930 459
- Trier:** Elmar Esseln, Loreleyblick 12,  
54498 Piesport, Tel.: 06507 - 6221

### Förderschulen

- Koblenz:** Marcus Flaschentreher, Scheidsgasse 8,  
56626 Andernach, 0262 - 494 189
- Neustadt:** Barbara Appel, Portugieserweg 23,  
67435 Neustadt, Tel.: 06321-60459
- Trier:** Dieter Göbel, Hubertusstr. 14,  
54636 Dahlem, Tel.: 06562-8512

### Schulen in freier Trägerschaft

- Koblenz:** Elke Stöve-Hahn, Auf der neuen Heide 1,  
55595 Allenfeld, Tel.: 06756 - 897
- Neustadt:** Gisela Fickinger, Waldstr. 14,  
76887 Böllernborn, Tel.: 06343 - 939 576
- Trier:** Bernd Assmann, An der Ziegelei 71,  
54295 Trier, Tel.: 0651 - 308566

### Elternvertreter nicht deutscher Herkunftssprache

- Levent Ekici, Pestalozzistr. 43 a,  
67227 Frankenthal, Tel.: 06233 - 174 388  
Fatima Khelif-Galvez-Kügler, Speyerbachstr. 8,  
76229 Landau, Tel.: 06341 - 55 220

## Impressum

### Herausgeber

Landeselternbeirat Rheinland-Pfalz

### Redaktion

Michael Esser (verantw.)

### Geschäftsstelle

Mittlere Bleiche 61  
55116 Mainz  
Telefon 061 31- 16 29 26  
Fax 061 31- 16 29 27  
<http://leb.bildung-rp.de>  
Email: [leb@mbwjk.rlp.de](mailto:leb@mbwjk.rlp.de)

Elternarbeit in Rheinland-Pfalz erscheint vierteljährlich und wird allen Schulleitungen und Elternbeiräten über die Schulleitungen zugestellt. Auflage: 32.000 Stück  
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 25.01..2008

## Landeselternsprecher

### Landeselternsprecher

Michael Esser, Wasserhohl 33,  
67098 Bad Dürkheim, Tel.: 06322-958170  
Email: [michael.esser.duew@t-online.de](mailto:michael.esser.duew@t-online.de)

### Stellvertretende Landeselternsprecher

Gabriele Weindel-Güdemann, Verdistr. 33  
67346 Speyer, Tel.: 06232 - 43393  
E-mail: [gabw@t-online.de](mailto:gabw@t-online.de)

Ralf Quirbach, Lindenallee 18,  
56077 Koblenz, Tel.: 0261 - 77 993  
Email: [ralf.quirbach@gmx.de](mailto:ralf.quirbach@gmx.de)

### Beisitzer

Wolfgang Harsch, Mathias Kleine,  
Rudolf Merod, Dr. Volker Schliephake,  
Christa Schweitzer-Weiland

## Regionalelternsprecher

### Koblenz

Andrea Held, Malteserstr. 12,  
55566 Bad Sobernheim, Tel.: 06751-6500  
Email: [mail@held-andrea.de](mailto:mail@held-andrea.de)

### Neustadt

Bernd Lohrum, Blumenstr. 25,  
66482 Zweibrücken, Tel.: 06332-12727  
E-mail: [bernd@lohrum.net](mailto:bernd@lohrum.net)

### Trier

Miriam Lörz, Geschwister-Scholl-Str. 7  
54295 Trier, Tel.: 0651-170 72 81  
Email: [mi-ge-lo@t-online.de](mailto:mi-ge-lo@t-online.de)

# Prinzip „länger gemeinsam lernen“

Eltern diskutieren in Trier über Neugestaltung der Bildungslandschaft

Fast 300 Eltern und Gäste kamen am 03. November 2007 zum Landeselterntag ins Trierer Hindenburg-Gymnasium. Ministerin Ahnen stellte ihr Konzept zur Weiterentwicklung des Schulsystems in Rheinland-Pfalz vor. Die Diskussion blieb sachlich und konstruktiv. Die Resonanz war verhalten positiv.

## Ohne Ziel stimmt jeder Weg

Es war sein erster Elterntag als Landeselternsprecher. Daher nutzte Michael Esser die breite Plattform und stellte im Eröffnungstatement sein Ziel einer neu gestalteten Bildungslandschaft vor. Da er frei vortrug und sein Beitrag klar gegliedert war, konnten ihm die Teilnehmer sehr gut folgen. An einem „Religionskrieg“ über die Organisationsform der Schullandschaft will er sich nicht beteiligen. Vielmehr fordert er die Realisierung des Prinzips „länger gemeinsam lernen“.

Für die Infrastruktur der neuen Schule skizzierte er sechs weitere Prinzipien:

1. Die Verantwortung für die Bildungsergebnisse wird vor Ort durch die Schulleitung übernommen. Dafür erhält sie personelle und finanzielle Gestaltungsvollmachten und Handlungsspielräume.
2. Die Schule ist eine Dienstleistungsorganisation, die die individuelle Förderung und den Bildungserfolg des einzelnen Schülers in den Mittelpunkt stellt.



Landeselternsprecher Michael Esser

3. Jährliche Fortbildungsmaßnahmen, vorzugsweise in den Ferien oder am Wochenende, sind für die Lehrkräfte verpflichtend.
4. Lehrkräfte werden jährlich durch Vorgesetzte und durch die Schülerinnen und



Fast 300 Eltern und Gäste nahmen am Landeselterntag in Trier teil

Schüler beurteilt. Ihr Gehalt enthält leistungsabhängige Komponenten.

5. Der Klassenlehrer ist Mentor und Hauptansprechpartner der Schüler seiner Klasse.
6. Unterrichtsbesuche durch Kollegen, Eltern u. a. sorgen für mehr Transparenz der Bildungsprozesse.

Außerdem plädiert Michael Esser für eine „Bildung aus einer Hand“ statt der jetzigen Zersplitterung bildungspolitischer Verantwortung. Von den Verantwortlichen erwartet er den Mut, notwendige Reformen auch ohne den „Total-Konsens mit allen“ zügig zu realisieren. Der anhaltende Beifall machte deutlich, dass sich die Mehrheit der Eltern den Vorstellungen des neuen Landeselternsprechers von einer zukunftsfähigen Schule anschließen kann. Er hat den Nerv der Eltern getroffen. „Ich fühle mich gut durch ihn repräsentiert“, bringt eine Teilnehmerin ihren Eindruck auf den Punkt.

Chancengleichheit,  
Durchlässigkeit und  
gute Perspektiven

Prophetische Gaben bescheinigt Ministerin Ahnen dem Landeselternbeirat, der vor einem dreiviertel Jahr das Thema des Landeselterntages festgelegt hat: „Zeitgemäße Schulstruktur – Wege zur Neugestaltung der Bildungslandschaft in Rheinland-Pfalz“.

Damals konnte niemand ahnen, dass das Bildungsministerium Anfang November ein neues Konzept zur Schulstruktur vorstellen würde. Die demografische Entwicklung, das



Bildungsministerin Doris Ahnen

veränderte Bildungswahlverhalten der Eltern und die sinkende Akzeptanz der Hauptschulen hatten die Bildungspolitik unter Handlungsdruck gesetzt. Rheinland-Pfalz ist das 10. Bundesland, das die Hauptschule abschafft oder zumindest einen Fahrplan

dafür vorlegt. Haupt- und Realschule sollen unter dem gemeinsamen Dach der „Realschule plus“ zusammengeführt werden. Das Konzept gibt strukturelle und pädagogische Ziele vor und soll durch die Schulträger umgesetzt werden. Mehr Chancengleichheit, mehr Durchlässigkeit und bessere Perspektiven für alle Schülerinnen und Schüler sind Ziele der Strukturänderung (s. auch Beitrag auf S. 6/7). Ministerin Ahnen bescheinigt dem Reformprojekt eine größere Dimension als dem Programm „Zukunftschance Kinder“ und der Einführung der Ganztagschule.

Weniger als befürchtet,  
mehr als erwartet

„Es hätte schlimmer kommen können“ und „es ist ein respektabler erster Schritt“ sind die beiden Pole, zwischen denen die sachliche und konstruktive Diskussion verlief. Nicht unerwartet plädierte Max Laveuve vom Philologenverband für begabungsgerechte Schulen, während der ehemalige Bundeselternsprecher und Leiter einer integrativen Schule Wilfried Steinert begabungsgerechte Schulen für „Quatsch“ hält. Für den einen senken schwächere Schüler das Niveau, für den anderen profitieren unterschiedlich begabte Kinder voneinander. Auf das Lernarrangement kommt es an!

Eine gemeinsame Orientierungsstufe in der neuen Realschule plus ist für Michael Esser ein erster Schritt weg von der viel zu frühen Schullaufbahnentscheidung. Prof. Krawitz, geschäftsführender Leiter des Zentrums für Lehrerbildung am Campus Koblenz der Uni Koblenz-Landau, sähe die Orientierungsstufe gerne bei den Grundschulen angesiedelt, deren Lehrkräfte den Umgang mit Hetero-



Eltern im Gespräch vor der Veranstaltung

genität am besten beherrschten. Eine erfolgreiche Umsetzung der individuellen Förderung sei tatsächlich abhängig von einer hohen fachlichen und einer hohen pädagogischen Qualifikation der Lehrkräfte, so Ministerin Ahnen. Eine entsprechende Ausgestaltung der Lehrerbildungsreform, in deren Konsequenz sich die Rolle des Lehrer hin zum Lernbegleiter wandelt, ist für Prof. Krawitz eine Jahrhundertreform. Nichts sei heterogener und integrativer als das Berufsleben, ergänzt Esser. Fachidioten führten hier allenfalls ein Nischendasein. „Neben der Fachkompetenz sind soziale Kompetenz und Allgemeinbildung gefragt“, fasst er die Anforderungen der Wirtschaft zusammen.

#### Kritik moderat

Dieter Lintz, Redakteur der Tageszeitung Trierischer Volksfreund, führte souverän durch die Diskussion. Durch seine Fragen sorgte er für die Vertiefung der interessantesten Punkte der Podiumsdiskussion. Besonders imponierte, dass er Antworten, die nicht den Kern der Frage getroffen hatten, nicht durchgehen ließ. Mehrfach brachte er Anliegen durch verständliche Formulierungen auf den Punkt und bewies ein profundes Wissen über den Bildungsbereich im Allgemeinen und die Schulstrukturfrage im Besonderen.

Insgesamt war die Kritik am neuen Konzept des Bildungsministeriums moderat. Niemand befürchtet, dass die Neuorganisation den Hauptschülern schadet, schon gar nicht die Eltern oder Lehrkräfte von Hauptschulen. Sie hatten vielfach schon im Vorfeld die Abschaffung dieser Schulart gefordert. Aus dem Bereich der Realschule kommen Einwände und Sorgen über möglichen Niveauverlust durch die Aufnahme von Hauptschülern. Aber schon nach der gemeinsamen Orientierungsstufe hat man ab der 7. Klasse die Möglichkeit der getrennten Bildungsgänge in der kooperativen Realschule. Und immerhin wurde mit der Fachhochschulreife an der Realschule plus eine langjährige Forderung des Realschullehrerverbandes erfüllt. Die eifrigsten Verfechter der Hauptschule fand man schon lange im Philologenverband. Auch wenn die Gymnasien durch den Reformvorschlag völlig „verschont“ wurden, fühlen sie sich durch ihn bedroht: So befürchten manche (Gymnasial-) Eltern und Lehrkräfte einen zusätzlichen Run auf diese Schulform, die schon jetzt aus allen Nähten platzt. Ob die Möglichkeit zur Fachhochschulreife und eine innovative, leistungsorientierte Pädagogik die Realschule



Informationsstände luden ein zur Information über die Arbeit des Landeselternbeirats, der Regionalelternbeiräte und ihrer Partner, hier: der Stand des Hebammenverbandes Rheinland-Pfalz



Das Hindenburg-Gymnasium bot einen guten Rahmen und eine super Organisation vor Ort: Miriam Lörz, Regionalelternsprecherin Trier, Erika Mörsdorf, Schulelternsprecherin, und Ralph Borschel, Schulleiter des HGT

plus attraktiv genug machen, ist derzeit tatsächlich offen. Notfalls müssten sich auch die Gymnasien der Herausforderung der heterogener werdenden Schülerschaft stellen und individualisierende Unterrichtsmethoden in ihr Repertoire aufnehmen. Das Durchreichen einmal aufgenommener Schülerinnen und Schüler nach unten sollte jedenfalls nicht die Lösung erster Wahl sein, auch wenn die Ministerin es nicht administrativ verhindern will.

Eine Schule für alle hätte sich die Landes-schülerInnenvertretung gewünscht. Auf Konfrontation zum vorgestellten Konzept wollen auch sie nicht gehen. Sie erkennen darin einen ersten Schritt in die von ihnen geforderte Richtung.

Esser hält das neue Konzept insgesamt für gelungen und auch Steinert appelliert an die Eltern, den rheinland-pfälzischen Weg konstruktiv zu begleiten und mitzugestalten.

Bildung eine Ware?  
Schule ein Unternehmen?  
Schüler ein Kunde?

Soll Schule wirklich an den Prinzipien aus der Wirtschaft ausgerichtet werden? Mit dieser Frage in die Runde der Podiumsteilnehmer vertieft Dieter Lintz ein Thema, das über die Strukturfrage hinaus geht. Die Universität ein Dienstleistungsbetrieb?, Prof. Krawitz ist skeptisch. Max Laveuve ist sicher: „Schüler sind Schüler und keine Kunden.“ Wilfried Steinert hält es durchaus für sinnvoll, Mechanismen aus der Wirtschaft im Schulmanagement zu übernehmen. Im Unterricht gelten aber andere Methoden und Kriterien. Auch Ministerin Ahnen gesteht

dem System Schule partiell Dienstleistungscharakter zu. So müsse man in der Schule im Team arbeiten und gemeinsam die Verantwortung für die Bildungsprozesse übernehmen.

### Neugestaltung der Schule

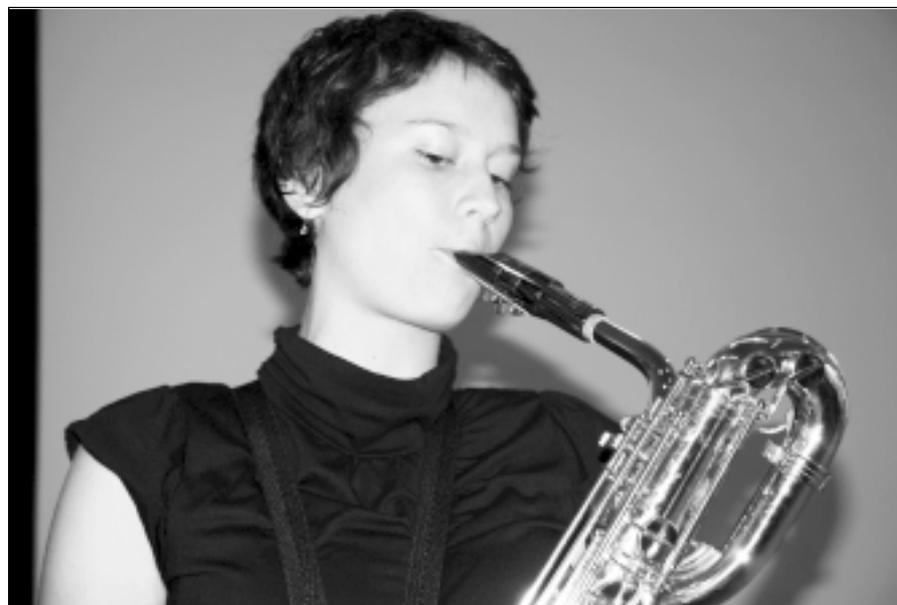
In der Schlussrunde gehen die Podiumsteilnehmer der Frage nach, wie der Lernort Schule so gestaltet werden kann, dass Lernen Spaß macht.

Ministerin Ahnen stellt den Eltern die Senkung der Klassenmesszahl in Aussicht, aber in realistischen (=kleinen) Schritten.

Prof. Krawitz will weg von der 45-Minuten-Stunde. Insgesamt soll weniger Stoff gelernt werden, der dafür aber vertieft.

Steinert wünscht sich mehr Schulsozialarbeiter und Schulpsychologen, die Mitarbeit von Eltern, die Berücksichtigung des Schulraums als 3. Pädagogen und Respekt für alle Schüler, die leistungsstarken und die schwachen. Laveuve fordert genügend Lehrer, kleinere Klassen und endlich Ruhe an der Reformfront („4 Wochen kein EPOS-Schreiben“). Esser, ganz im Gegenteil, macht Mut zur Veränderung. Das in Schulen in Resten vorhandene hoheitsstaatliche Denken müsse endlich einem Verständnis von Schule als Dienstleistungsorganisation weichen.

Marie-Charlotte Opper-Scholz



Die Jazz-Combo unter Leitung von Dr. Wagner lockte die Teilnehmer mit ihren Klängen in die Aula.

# Die REALSCHULE plus – ein Schritt in die richtige Richtung

Bildungsgänge werden erhalten - behutsame Veränderungen sind eingeläutet

Kurz vorm Landeselterntag stellte Frau Ahnen die mit Spannung erwartete Schulstrukturreform vor. Schulentwicklung in Rheinland-Pfalz soll demzufolge für „Gleiche Chancen, Gute Perspektiven und Klare Wege“ für Schülerinnen und Schüler sowie Eltern sorgen. Die Ministerin will damit drei Herausforderungen aufgreifen und gestalterisch darauf reagieren:

- Die demografische Entwicklung, die ein Flächenland wie Rheinland-Pfalz mit ihrer vollen Ausprägung in einigen Regionen treffen wird. Im Jahr 2020 müssen wir insgesamt mit 23,5% Rückgang der Schülerschaft rechnen.
- Das veränderte Bildungswahlverhalten der Eltern, die ihre Kinder in steigender Zahl an Gymnasien anmelden. Im Schuljahr 2006/07 waren es 35,7%. Die Anmeldezahlen an Realschulen blieb annähernd konstant und
- die sinkende Akzeptanz der Hauptschulen. Eltern haben sich in ihrer großen Mehrheit gegen die Hauptschulen entschieden. Nur noch 15,7% der Schülerinnen und Schüler besuchten sie im Schuljahr 2006/07. Ein Ende der Abstimmung mit den Füßen ist nicht abzusehen.

Wie sieht sie nun aus, die neue Schulstruktur?

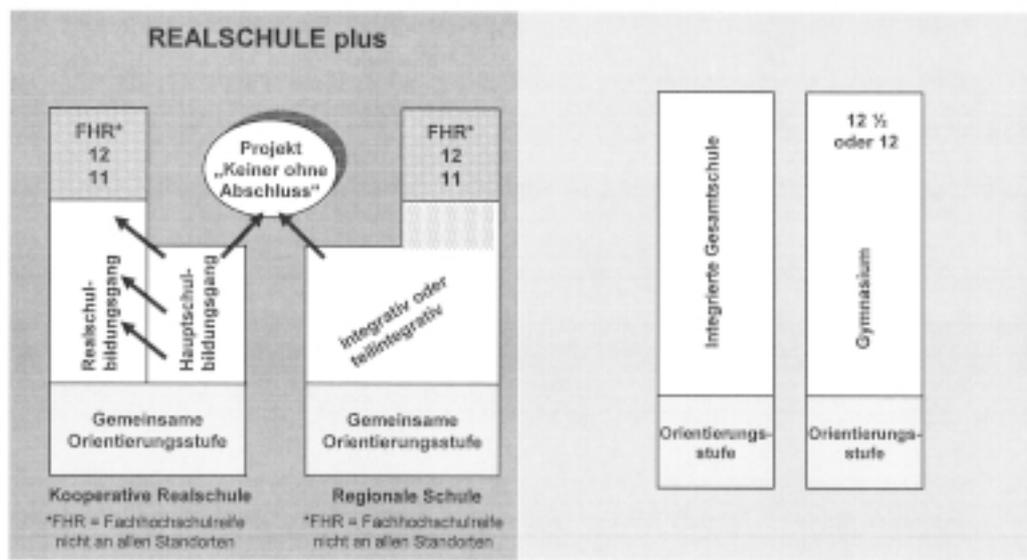
Sie wird „zweigliedrig“ sein. Neben den nicht angetasteten Gymnasien und IGSen, die weiterhin zur allgemeinen Hochschulreife führen (entweder in 12 oder 12 ½ Jahren) wird es eine neue Schulform geben: die **REALSCHULE plus**. Sie soll in zwei Ausprägungen entstehen:

1. Hauptschulen und Realschulen schließen sich zu einer Kooperation zusammen. In der Orientierungsstufe werden die SchülerInnen der Jahrgänge 5 und 6 gemeinsam unterrichtet. Der jeweilige Bildungsgang führt dann entweder in 9 Jahren zum Hauptschulabschluss oder in

10 Jahren zum Realschulabschluss. Die Dualen Oberschulen finden sich hier wieder.

2. Die jetzt schon bestehenden Regionalen Schulen führen die Schülerinnen und Schüler nach einer gemeinsamen Orientierungsstufe integrativ oder teilintegrativ in 9 Jahren zum Hauptschulabschluss oder in 10 Jahren zum Realschulabschluss.

anbieten. Schülerinnen und Schüler mit einem höheren Förderbedarf sollen zusätzliche Unterstützungsangebote erhalten. Sie können nach einem weiteren Schuljahr ihren Hauptschulabschluss machen (dann in 10 statt 9 Jahren). So bleibt ihnen ein Schulwechsel ins Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) der Berufsbildenden Schulen erspart. Das Projekt „Keiner ohne Abschluss“ wird an Absprachen gekoppelt sein. Eine Erfolgskon-



Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur



Beide Ausprägungen firmieren unter dem Namen **REALSCHULE plus**.

Mit der gemeinsamen Orientierungsstufe wird ein lang gehegter Wunsch des Landeselternbeirats umgesetzt: Kinder in der **REALSCHULE plus** werden nicht mehr nach der 4. Klasse im Alter von 10 Jahren in das gegliederte System einsortiert. Sie haben zwei Jahre länger Zeit, ihren Bildungsweg zu finden. In dieser Orientierungsstufe werden in kleineren Klassen bis 25 Schülerinnen und Schülern unterrichtet. Die Senkung der Klassenmesszahl - auch dies ein Wunsch der Eltern.

An einigen ausgewählten Standorten der **REALSCHULE plus** wird es die Möglichkeit geben, in zwei zusätzlichen, praxisorientierten Schuljahren die Fachhochschulreife zu erlangen. Einige **REALSCHULEN plus** werden das Projekt „Keiner ohne Abschluss“

trolle ist vorgesehen. Vorher festgelegte, klar umrissene Ziele (z.B. Quote für erfolgreiche Schulabschlüsse) und deren Überprüfung an der Realität, sollen ein Nachjustieren möglich machen.

Reform in zwei Zeitabschnitten:

Die Reform wird in zwei zeitlich aufeinander folgenden Schritten umgesetzt werden. Die ersten Schulen starten im Schuljahr 2009/10. Um sinnvolle regionale Strukturen aufbauen zu können, müssen die Landkreise und kreisfreien Städte einen Schulentwicklungsplan vorlegen, der hoffentlich über den Tellerrand des eigenen Zuständigkeitsbereichs hinausreichen wird. Hauptschulen werden in größere Verbünde überführt werden. Den Schulträgern bietet sich die Wahl zwischen (kooperativen) Realschulen plus, (integrativen) Regionalen Schulen oder der Errichtung einer IGS.

Die Schulaufsicht hat die Möglichkeit einzügige Hauptschulen und ein- oder zweizügige Realschulen, zusammenzuführen. Zahlreiche kleine Hauptschulen im Land können also damit rechnen, dass sie in absehbarer Zeit in einer REALSCHULE plus oder einer Regionalen Schule aufgehen werden.

Ab dem Schuljahr 2013/14 werden im Rahmen der REALSCHULE plus landesweit der Hauptschul- und der Realschulabschluss in der gemeinsamen Orientierungsstufe unterrichtet. Im Jahrgang 7 bilden sich dann die unterschiedlichen Profile aus (kooperative Realschule und Regionale Schule). In dieser zweiten Phase werden auch alle jene Haupt- und Realschulen umgeformt, die sich bis dahin noch nicht auf den Weg gemacht haben.

#### So viel zum Reformkonzept.

Was bedeutet dies nun für Eltern und die Schülerinnen und Schüler?

- Sobald die neuen Strukturen realisiert sind, haben Eltern und Schülerinnen und Schüler in der 4. Klasse eine klar definierte Alternative zum Gymnasium. Standortbezogen ist in der REALSCHULE plus der berufsorientierte Fachhochschulabschluss erreichbar. Bedenkt man, dass pro Jahrgang ca. 1000 Fachhochschulabsolventen fehlen (so die Zahlen des MBWJK), ist die Steigerung solchermaßen qualifizierter Absolventen dringend notwendig. Die berufsorientierte Ausrichtung erleichtert dieses Vorhaben z.B. den Schülerinnen und Schülern, denen eine zweite Fremdsprache voraussichtlich Schwierigkeiten bereiten wird. Diese wird an Gymnasien ab dem kommenden Schuljahr schon ab der 6. Klasse Pflicht. Mit einem zusätzlichen Schuljahr in der Berufsfachschule 2, anschließend an die bestandene Fachhochschulreife, wird die allgemeine Hochschulreife möglich und die Universität steht den Absolventen offen.
- Länger gemeinsam lernen wird eine realistische Option. Die gemeinsame Orientierungsstufe erleichtert Eltern und Schülerinnen und Schülern die Entscheidung für eine andere Schulform als das Gymnasium. Mit maximal 25 Kindern pro Klasse sollen diese intensiver gefördert werden. Eine Chance für viele Kinder.
- Die Möglichkeit eine IGS wie jede andere Schulart einzurichten, kommt den Wünschen vieler Eltern entgegen. Schulträger sollten diese in ihrer Planung berücksichtigen. IGSen können dann ohne Einhaltung der Bestandsgarantie für das

umliegende, gegliederte System errichtet werden. Eine Erleichterung, die jene zahlreichen Eltern begrüßen werden, die in der Vergangenheit ihr Kind nicht an einer IGS anmelden konnten – einfach aus Mangel an Angeboten.

- Die Strukturreform bedeutet auch das Ende der Schulbezirke für Schulen, die den Hauptschulbildungsgang anbieten. Die Wahlmöglichkeit der Eltern, zwischen den unterschiedlichen Ausprägungen der REALSCHULE plus ist ein Grundbaustein des Programms. Wettbewerb kann entstehen.
- Ein erklärtes Ziel der Reform ist die Intensivierung der Aufstiegsmöglichkeiten im System. Das optimierte Einsetzen von bereits vorhandenen Fördermitteln für Schülerinnen und Schüler, die zusätzliche Förderung brauchen, soll auch diese fit für höhere Bildungsgänge machen. So sollen dringend notwendige Perspektiven für zukünftige Schüलगenerationen im Hauptschulbildungsgang eröffnet werden.
- Regionale Schulentwicklungspläne müssen dafür sorgen, dass Bildungsangebote in zumutbarer Entfernung und für die einzelnen Schulträger ökonomisch realisierbar sind. „Ökonomisch realisierbar“ heißt aber auch, dass Schulträger in Schulen investieren und sie nicht am „Finanztopf“ vor sich hin vegetieren lassen. Investitionen in die einzige Ressource, die wir haben – in die Köpfe unserer Menschen – lohnen sich immer!
- Eines der wichtigsten Ziele der Reform ist die angestrebte drastische Reduzierung der Schulabbrecherquote mit Hilfe des Projektes „Keiner ohne Abschluss“. Durch intensivere Förderung und ein zusätzliches Jahr für den Erwerb des Hauptschulabschlusses an der eigenen Schule, soll den Schülerinnen, Schülern und Eltern ein schmerzhafter Abstieg erspart werden. Diese Maßnahme wird teuer werden. Die gescheiterten Jugendlichen später nachzuschulen und/oder durch Sozialmaßnahmen vor dem endgültigen Abrutschen zu bewahren, kostet unser Sozialwesen jedoch ein Vielfaches.

#### Wir brauchen mehr davon...

Das Konzept ist noch nicht umgesetzt, schon werden die Unkenrufe derer laut, die um die Gymnasien fürchten. Und in der Tat ist es um diese derzeit nicht gut bestellt. Eltern melden ihre Kinder immer häufiger dort an und der Zustrom wird absehbar nicht abreißen. Dabei sind die Gymnasien für diesen Ansturm nicht gewappnet. Sie sind zum Grossteil überfüllt und das Lernen und Lehren macht vielerorts wenig Spaß. An etlichen

Schultüren sollte ein Schild hängen: „Wegen Überfüllung geschlossen“. Schulraum- und Fachraumangel sind Bremsklötze für die Schulqualitätsentwicklung, die in Rheinland-Pfalz ihren Fokus auf „Unterrichtsqualität“ legt.

Mit Sorge muss man konstatieren, dass auch aus diesen Gründen die Gymnasien z. Zt. eine Entwicklung in die falsche Richtung durchlaufen. Qualität und Quantität gehen nur dann sinnvoll zusammen, wenn die Rahmenbedingungen einigermaßen passen. „Eliten“ bilden nur Schulen, die nicht „am Limit“ arbeiten. Dort bleibt auch das menschliche Miteinander weitestgehend auf der Strecke. Wobei der Begriff „Elite“ durchaus zusätzliche und/oder andere Werte umfasst wie die, die derzeit überwiegend durch die Diskussionen geistern. (Aber das wäre ein anderes, spannendes Thema...).

Zusätzlich steht ein wichtiger Baustein für grundsätzliche Veränderungen an Schulen, an allen Schulen, derzeit nur auf dem Papier. § 10 des rheinlandpfälzischen Schulgesetzes verordnet allen Schulen die individuelle Förderung ihrer Schülerinnen und Schüler. Davon sind wir jedoch weit entfernt.

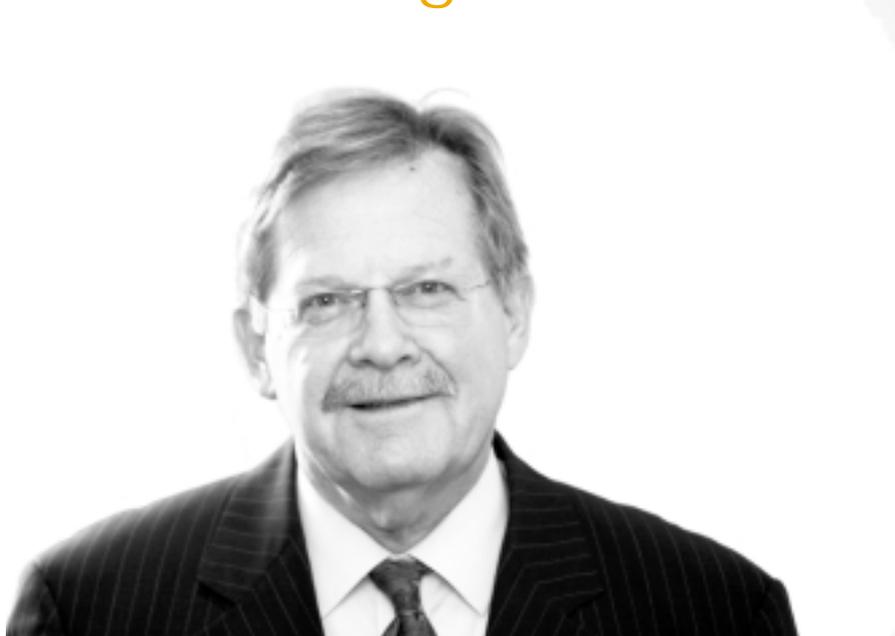
- Externe und interne Evaluation,
  - Kollegien mit Kenntnissen im Bereich „individuelle Förderung“ und dem Willen zur Teamarbeit untereinander sowie mit Eltern und Externen,
  - Prozesstransparenz für schulische Abläufe und
  - ausreichend qualifizierte Schulleiter mit Führungs- und Schulmanagement-Kompetenzen
- sind ein Bündel an Maßnahmen, Qualitäten und Fähigkeiten, deren Dichte an Schulen derzeit noch über ein „hohes Optimierungspotential“ verfügt.

Ein Grund mehr, dass die Reform so sinnvoll wie möglich und so schnell wie nötig umgesetzt und darüber das restliche Schulsystem nicht vergessen wird. Die Schulträger können vor Ort mit einer vernünftigen Kooperation über Gebietskörperschaftsgrenzen hinweg schon jetzt einen Beitrag zu einer positiven Entwicklung leisten, denn die Bereitstellung von geeignetem Schulraum liegt in deren Verantwortung. Wie gesagt: die Reform ist ein Schritt in die richtige Richtung, viele andere müssen folgen.

*Gabriele Weindel-Güdemann*

Michael Esser:

## Für die Bildung nur das Beste



Mit Michael Esser hat sich der Landeselternbeirat einen Mann aus der Wirtschaft zum Sprecher an die Spitze gewählt. Der Vater von 3 mittlerweile erwachsenen Söhnen und einer Tochter bringt als ehemaliger Manager, der in den Bereichen Finanzen, Qualitätsmanagement und Informatik eines Großkonzerns auch international tätig war, viel Know-How in Sachen „Verbesserung bestehender Systeme“ mit. Auf die Frage, was er denn von der rheinland-pfälzischen Bildungspolitik erwarte, kommt denn auch sofort die Forderung: „**dass sie das glasklare Bekenntnis abgibt: BILDUNGSPOLITIK IST PRIORITÄT NR. 1 IN UNSE-REM LAND**“.

Michael Esser beklagt, dass dies heutzutage objektiv (noch?) nicht der Fall sei. Man brauche sich nur den Landeshaushalt anzuschauen. Trotz einer bereits recht hohen Belastung des Bürgers durch Steuern und Sozialabgaben erlebten Schüler und Eltern beim Zustand der Klassenzimmer, der Schul- bzw. Unterrichtsausrüstung und der Lehrerversorgung zu häufig die Verwaltung des Mangels. Das müsse sich ändern, fordert der neue LEB-Sprecher, hier müsse die Politik umdenken und ihre Ziele neu ordnen.

„Es muß also wieder **erheblich** mehr Geld für unsere Zukunftssicherung (sprich: Bildungsausgaben) zur Verfügung gestellt werden (selbstverständlich zu Lasten ande-

rer Staats-Ausgaben im konsumtiven Bereich), nicht zuletzt weil wir den wirtschaftlichen Erfolg unserer schrumpfenden Bevölkerung im internationalen Wettbewerb dringend benötigen, - allein schon, damit die künftige Generation unsere heutige Altersversorgung bezahlen kann, - von der Lebenszufriedenheit unserer Kinder ganz zu schweigen“.

Der frisch gewählte LEB-Vorsitzende weiß, wovon er spricht, wenn er den internationalen Wettbewerb zitiert. Er selbst besuchte unter anderem 2 englische Schulen in Indien, sowie eine internationale Schule in Kairo, seine 4 Kinder verschiedene Schulen in USA, Kanada und Großbritannien. „In Zeiten des direkten internationalen Wettbewerbs ist es für den gesamten Lebenserfolg eines Jugendlichen wichtig und von zentraler Bedeutung, eine gute Ausbildung zu haben - sei es die berufliche Erfüllung, materieller Wohlstand, Chancen bei der Partnerwahl bzw. allgemeine Lebenszufriedenheit.“

Zu der Elternarbeit kam der inzwischen freiberuflich tätige Kaufmann schon 1991 über Mitarbeit im Kindergarten. Später folgte das ehrenamtliche Engagement im Förderverein des Bad Dürkheimer Gymnasiums und seit 2001 die Mitgliedschaft im LEB, wo er sich besonders im Gymnasialausschuß engagierte.

Michael Esser findet es ärgerlich, wenn „manche Eltern glauben, es sei völlig ausreichend die Kinder nur in der Bildungsanstalt `abzugeben`, nach dem Motto, `den Bildungsauftrag erledigen dann Die`“. Sein Engagement im LEB sieht er belohnt, wenn „es uns gelingt wenigstens für einige Schüler eine deutliche Verbesserung ihrer Chancen auf einen guten Berufserfolg und damit eine Voraussetzung für eine gute Lebensleistung und -Zufriedenheit zu schaffen“.

*Helmut Riedl*

Ralf Quirbach:

## Mehr Einfluss für die Eltern

Der „Neue“ im Vorstand des 14. LEB ist in Wahrheit schon ein alter Hase in Sachen Elternarbeit. Der Vater von zwei Jungs und einer Tochter kennt die Eltern-Lehrer-Konflikte aus eigener Anschauung. Vor allem Sätze wie „das geht Eltern nichts an, das Kollegium hat darüber entschieden“, können ihn in Rage bringen. Weil alle am, mit und für das gleiche Kind arbeiten, fordert er ein Umdenken besonders in den Schulen, „in denen die Elternvertretung eher noch als Gegner, denn als Partner betrachtet wird.“

Der gelernte Forstwirt misst besonders dem Lehrer – Schüler – Eltern – Gespräch (LSEG)



eine sehr hohe Bedeutung bei. Dieses vom Landeselternbeirat seit langem geforderte regelmäßige Gespräch müsse der Ort sein, an dem sich „beide Seiten vertrauensvoll begegnen können. Viele Gespräche und Begegnungen zwischen Eltern und Lehrern dienen bisher nur der Bewältigung von Konflikten und damit einhergehend einem wechselseitigen Austausch von Vorwürfen, wer was wann und wo versäumt oder falsch gemacht hat.“

Ralf Quirbach ärgert sich darüber, wenn Eltern in den Schulkonferenzen kein Stimmrecht haben. Dabei geht es ihm nicht um Zeugnis- oder Versetzungskonferenzen. „Wenn die Meinung der Eltern tatsächlich ernst genommen wird, sollte uns diese Möglichkeit nicht vorenthalten werden. Es ist

völlig klar, dass die wenigen Stimmen der Eltern in z. B. einer Gesamtkonferenz nicht den Ausschlag bei einer Abstimmung geben würden. Dies ist aber auch nicht der Punkt. Einfluss nehmen wir durchaus auch, wenn wir uns dezidiert äußern, mit oder ohne Stimmrecht. Räumt die Politik uns dies aber (endlich) ein, wird damit zum Ausdruck gebracht, wie ernst wir tatsächlich genommen werden.“

Nach 25 Jahren in der Pfadfinderarbeit weiß Ralf Quirbach, „dass es nicht ganz einfach werden wird, die unterschiedlichen Meinungen und Positionen der gewählten Elternvertreter im neuen LEB unter einen Hut zu bringen. Gehört werden die Eltern aber besonders dann, wenn sie mit klar abge-

stimmten und gut begründeten Forderungen aufwarten können.“

Und was wünscht er sich von den Eltern? Ralf Quirbach: „Ich wünsche mir manchmal etwas mehr Verständnis für den schwierigen Job der Lehrer – nicht in jeder Klasse geht es zu wie im „Club der toten Dichter“. Habt Verständnis füreinander und entwickelt eine vernünftige Gesprächskultur möchte ich uns allen zurufen. Entscheidend ist für mich jedoch, dass der Anspruch, jedes Kind solle seinen eigenen Fähigkeiten entsprechend die bestmögliche Förderung erhalten, endlich realisiert werden möge. Vielleicht wird's ja mal was.“

*Helmut Riedl*

Gabriele Weindel-Güdemann:

## Mit Ausdauer für bessere Schulen



Wer bei einer LEB-Veranstaltung auf Gabriele Weindel-Güdemann trifft, dem begegnet eine quirlige, bestens informierte und enorm engagierte Frau. Die Mutter von 3 Mädchen und einem Sohn hat sich von Anfang an nie damit begnügt, ihre Kinder in professionelle Erziehungseinrichtungen wie Kindergarten und Schule „abzugeben“. Sie hat angepackt, wenn Elternhilfe gebraucht wurde, erst in der Kita, später dann in der Speyerer Grundschule, wo sie einige Jahre Elternsprecherin war. Weil sich Elternarbeit ihrer Meinung nach nicht im „Kaffee- und Kuchen-Ermöglichen bei Schulfesten“ erschöpfen sollte, war der Sprung in die Elternarbeit auf Landesebene nur konsequent.

Seit dem 12. LEB ist sie nun schon dabei und kann durch ihre langjährige Erfahrung dafür

sorgen, dass begonnene Arbeit kontinuierlich fortgeführt werden kann. Ausschlaggebend für ihr Engagement waren ihre 4 Kinder. „Ich wusste, dass Schule einen großen Teil unseres Lebens bestimmen würde und habe die Konsequenzen gezogen. Ich wollte Einfluss auf die Schulen meiner Kinder nehmen, denn nicht alles hat mir gefallen. Ich kann behaupten, dass ich in meiner Schulzeit so viel gelernt habe, wie sonst nirgends – nur war es die Zeit, in der meine Kinder zur Schule gingen, nicht ich.“

Für die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schule wünscht sich Gabriele Weindel-Güdemann Gespräche auf „Augenhöhe“ und „gegenseitigen Respekt“. Schließlich hätten beide Seiten das gleiche Ziel – eine gute Bildung und Ausbildung unserer Kin-

der. Sie ärgert sich darüber, dass Veränderungen im System so lange dauern und dass sich das Tempo der Veränderungen zu oft an Interessen ausrichtet, bei denen nicht das Wohl der Kinder im Zentrum steht.

Als stellvertretende LEB-Vorsitzende kämpft sie dafür, dass in Rheinland-Pfalz eine bessere individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes an Schulen finanziert und durchgesetzt wird. „Denn von alleine wird sie nicht kommen. Nicht jede Lehrkraft kann oder will individuell fördern. Bei weitem nicht überall sind die Voraussetzungen dafür geschaffen. Ich erwarte eine Umgestaltung unseres Schulsystems, die sicherstellt, dass jedes Kind seine Entwicklungsmöglichkeiten ausschöpfen kann, und die mit der dramatischen Diskriminierung von aussortierten Talenten Schluss macht. Nicht politische Einzelinteressen oder ökonomische Zwänge dürfen die Schule der Zukunft bestimmen, sondern die Einsicht, dass wir alle in die Lage versetzen müssen, an unserer Gesellschaft teilhaben zu können.“

Gabriele Weindel-Güdemann weiß, dass sich nicht alle Eltern so intensiv in der Schule engagieren können, wie sie dies tut. Aber Eltern sollten den Gesprächsfaden mit ihren Kindern nie abreißen lassen. Sie sollten immer wissen, wo bei ihren Kindern der Schuh drückt. „Kinder brauchen unsere Unterstützung, innerhalb und außerhalb der Schule, aber dazu müssen wir wissen, was sie bewegt.“

*Helmut Riedl*

# So sicher war der LEB noch nie

Die 37 Mitglieder des Landeselternbeirats organisieren keine Schulfeste sondern Landeselternstage, sie sitzen stundenlang in Sitzungen, diskutieren auf Podien oder schreiben Stellungnahmen. Sie vertreten mehr als 500.000 Eltern rheinland-pfälzischer Schülerinnen und Schüler gegenüber den Schulen, der Schulverwaltung, dem Bildungsministerium, der Politik und der Öffentlichkeit. Am Herzen liegen ihnen die Entwicklung und die Qualitätssicherung der schulischen Bildung und Ausbildung. Jeder LEB habe so seinen eigenen Charakter, sagte einmal Dr. Joachim Grumbach, der jahrzehntelang die Arbeit des landesweiten Elternbundes für das Bildungsministerium begleitet hat. Über den Charakter des 14. LEB lässt sich vermutlich am Ende der 3 Amtsjahre mehr sagen. Derzeit ist er ca. 100 Tage im Amt und er soll hier kurz vorgestellt werden.



## Der Landeselternbeirat im Überblick

Das durchschnittliche Mitglied im Landeselternbeirat ist 48 Jahre alt und hat 2,74 Kinder.

Für die Sicherheit des 14. LEB sorgen 4 Polizei- bzw. Kriminalbeamte und 2 Mitglieder aus der Versicherungsbranche. 4 Pädagogen (keine Lehrer!) ergänzen die Kenntnisse der Eltern auf professionellem Niveau. 6 Mitglieder aus dem kaufmännischen Bereich unterstützen beim Umgang mit dem härtesten Argument, dem Kostenargument. Überproportional vertreten sind mit 3 Mitgliedern auch die Forstwirte bzw. Förster. Wie überall im wirklichen Leben macht es die Mischung aus Personen der Verwaltung und der freien Wirtschaft. Auch 4 Hausfrauen bereichern das Gremium, indem sie ihre profunden Kenntnisse und Erfahrungen aus intensiver Elternarbeit vor Ort einbringen und indem sie einen großen Teil ihrer freien Zeit für das Ehrenamt zur Verfügung stellen.

## Mitglieder nicht deutscher Herkunftssprache

Hohe Erwartungen wecken die beiden Mitglieder nicht deutscher Herkunftssprache. Levent Ekici (auf dem Foto vorne 2. v. links) ist in der Türkei geboren, in Frankenthal aufgewachsen und dort als IT-Kaufmann tätig. Fatima Khelif-Galvez-Kügler (auf dem Foto vorne 4. von rechts), Tochter eines algerischen Vaters und einer spanischen Mutter, arbeitet als Erzieherin in Landau und erzieht ihre 3 Kinder nach dem Tod des Ehemanns alleine. Beide sprechen hervorragend

Deutsch und sind seit Jahren in der Elternvertretung vor Ort und in Ausländergremien engagiert.

Verbesserungen der Integration und des schulischen Erfolgs von Schülerinnen und Schüler nicht deutscher Herkunftssprache sind dringend notwendig. Es ist davon auszugehen, dass Levent Ekici und Fatima Khelif-Galvez-Kügler ihre persönlichen, schulischen, beruflichen und ehrenamtlichen Erfahrungen dafür einsetzen.

Die inhaltliche Arbeit des 14. Landeselternbeirats soll in 6 Unterausschüssen geleistet werden:

1. Qualitätsentwicklung, Evaluation, Ganztagschule,
2. Schulstrukturreform, Förderschulen, Schulträgerstruktur, Ganztagschulen,
3. Elternmitwirkung, Vernetzung, Elternfortbildung, Lehrer-Schüler-Eltern-Gespräch,
4. Unterrichtsversorgung, Schülerbeförderung, Bildungskosten,
5. Anhörenschausschuss und
6. Öffentlichkeitsarbeit, Redaktion von Elternzeitung und Homepage.

Als Unternehmensberater und ehemalige Führungskraft eines großen Konzerns hat Landeselternsprecher Michael Esser ein Ziel: Er will mit dem LEB Veränderungen im Schulsystem anstoßen und begleiten (s. auch S. 2 und S. 8) - zum Wohl der Kinder und der ganzen Gesellschaft.

*Marie-Charlotte Opper-Scholz*

Widerspruch gesucht

## Ich bin der Meinung Komma dass...

der Vorschlag von Ministerin Ahnen, die Hauptschule aufzulösen, nicht das pädagogische Ei des Kolumbus ist. Es ist lediglich der Vorschlag unter allen möglichen Varianten zur Lösung der Schulstrukturkrise, der den kleinsten Flurschaden in der Schullandschaft hinterlassen wird

Nun sind die Würfel gefallen, besser mussten fallen. Wurden doch die inflationären Schularten von den immer weniger werdenden Schülern einfach ausgehungert. Und wer glaubt, dass dieser Hunger mit dem Wegfall der Hauptschulen vorbei ist, der irrt sich wohl. Denn 2013 stehen dann noch einmal 30.000 Kinder (oder 20%) weniger als heute vor den Pforten der weiterführenden Schulen. So wird aus Realschule Plus schnell Realschule Minus.

Es sei denn man geht gleich den integrativen Weg. Denn wo bitte ist der Unterschied zwischen dieser Variante und einer IGS ohne gymnasiale Oberstufe? Einer Schulart also, die jedes Jahr reichlich Schüler abweisen muss, somit Nachfrage und Zukunft hat. Und wenn es keine gravierenden Unterschiede gibt, dann sollte man das Kind auch so nennen.

Doch was hätte frau als alleinregierende Partei alles machen können. Z.B. den eigenen Maximen folgen. Heißt es doch im Traktat „Bildung macht stark“ aus dem Forum Bildung der SPD - dessen Vorsitzende übrigens Doris Ahnen heißt - vom Februar 2007 auf der Seite 7:

„Die frühe Verteilung der Kinder auf die unterschiedlichen Schulzweige verstärkt die Probleme des engen Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg in Deutschland. Wir wollen deshalb, dass Kinder in Zukunft länger gemeinsam lernen.“



Mathias Kleine

Wo bitte ist diese Vorgehensweise im Entwurf zur neuen Schulstruktur manifestiert? Angesichts der Tatsache, dass nach wie vor ab der vierten Klasse getrennt wird, grenzt es schon an Betrug, die nach wie vor nach Gymnasium und Realschulen getrennten Orientierungsstufen als längeres gemeinsames Lernen zu verkaufen.

Hans-Peter Betz, Rektor der Hauptschule im Carl Zuckmayer-Schulzentrum Mainz spricht mir aus der Seele, wenn er in der Süddeutschen Zeitung vom 06.11.2007 schreibt:

*Aber bei der Reform des rheinland-pfälzischen Schulsystems (...) geht es nicht um uns Lehrer. Es geht um unsere Schülerinnen und Schüler, um Menschenkinder, die seit Jahrzehnten grob fahrlässig an den Rand gedrängt wurden, die man im Stich gelassen hat.*

*Wer erlebt hat, wie Kinder mit strahlenden Augen und der Schultüte in der Hand eingeschult wurden, und dann die Augen derselben Kinder sieht, wenn sie nach vier Jahren die Grundschule als aussortierte Hauptschüler verlassen, der weiß, was ich meine. Wer*

*als Schulleiter junge Menschen nach neun Schuljahren mit dem Hauptschulabschluss verabschiedet und erkennen muss, dass sie fast alle auf dem Arbeitsmarkt keine Chance haben, der will raus aus dieser Bildungsfalle. (...) und weiter(...)*

*Die Reform des Systems ist deshalb überfällig. Es muss Schluss sein mit dem Aus-sortieren am Ende der Grundschule. Dieses Einteilen in Schubladen ist inhuman. Die Wertvollen ins Gymnasium, die Brauchbaren in die Realschule und die nicht Integrierbaren in die Hauptschule.*

*Dieses Kastendenken hat zu einer Stigmatisierung der Hauptschule geführt. Die Abschaffung dieser Schulart ist nicht nur ein Schritt der Ehrlichkeit, sondern ein Akt der Humanität. (...)*

Darum lohnt es sich die Ärmel hochzukrempeln. Nicht für eine Partei und nicht für eine Berufsvertretung, nein, für unsere Kinder. Sie stehen im Mittelpunkt der Schule. Und es wäre wünschenswert, wenn sich alle Beteiligten an ihren Bedürfnissen orientierten. Aber hier, auf der Umsetzungsebene, tun sich nicht nur kleine Baustellen, sondern große Fahrbahnschäden auf:

Die Landkreise und kreisfreien Städte haben jetzt den Auftrag, Lösungen für ihre Region zu finden. Nur schade, dass auf dieser Ebene eine Elternmitwirkung nicht wirklich vorgesehen ist. Da gibt es die Vertretung in der einzelnen Schule und dann kommt schon der Regionalelternbeirat mit durchschnittlich 12 Landkreisen / kreisfreien Städten. Eine nicht zu stemmende Aufgabe für diese Vertretungsebene. Da wird die Schullandschaft neu hergerichtet, der Gartenarchitekt, der Grundstückseigentümer und der Düngerstreuer sind schon da, nur der Gärtner mit dem Saatgut ist nicht bestellt.

Nun, vielleicht wird dieser Umstand bei der Änderung des Schulgesetzes 2008 ja gleich mitbedacht.

Mathias Kleine

Elterninitiative

## Senkung der Klassenmessenzahl

30 und manchmal sogar mehr Schüler in einer Klasse, das ist zuviel!

- Wir fordern Klassengrößen, die der individuellen Förderung eine reelle Chance geben.
- Wir fordern eine Senkung der Klassenmessenzahl um mindestens 20%.
- Wir fordern ab sofort kleinere Klassen mit höchstens 24 Schülerinnen und Schülern.

Die Elterninitiative und der Förderverein der Elfenley-Grundschule in Oberwesel sammeln seit Mitte September Unterschriften zur Unterstützung ihrer Forderung.

Zunächst im Rhein-Hunsrück-Kreis und mittlerweile in ganz Rheinland-Pfalz haben sich viele Eltern an der Aktion beteiligt.

Schulelternbeiräte, die sich der Initiative anschließen wollen, wenden sich bitte an Ute Brahms (ute.brahms@gmx.de) mit der Bitte um die Zusendung entsprechender Unterschriften-Formulare.

Da die Senkung der Klassenmessenzahl eine langjährige Forderung des Landeselternbeirats ist, unterstützt er die Aktion durch die Veröffentlichung dieses Aufrufs.

# Je besser die Kommunikation, desto erfolgreicher die Elternmitwirkung

Information und Erfahrungsaustausch in den Foren des Landeselterntages

Forum 2: Elternrechte / Elternpflichten  
Referentin: Jutta Lotze – Dombrowski, MBWJK  
Moderator: Dr. Volker Schliephake, LEB

Sinnvolle und Ziel führende Elternarbeit beruht auf der Kenntnis der existierenden individuellen und kollektiven Elternrechte, aber auch der daraus resultierenden Elternpflichten. Dieses Wissen zu vermitteln, hatte sich die Arbeitsgruppe 2 auf die Fahne geschrieben. Dieses Thema war bei der u.a. für Elternarbeit zuständigen Referentin im Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur in bewährten guten Händen. Unterstützt von Volker Schliephake, Mitglied des Vorstands des Landeselternbeirats, konnte das Thema sowohl aus der Sicht des Gesetzgebers als auch aus Elternsicht den interessierten Zuhörern vermittelt werden.

Wie zu erwarten entzündete sich alsbald eine lebhaft Diskussionsrunde, aufgehängt an aktuellen Fragen der Teilnehmer dieses Arbeitskreises. Aber diese Form des Erfahrungsaustauschs war auch von der Referentin ausdrücklich erwünscht. Gerade in der Erörterung der individuellen und sehr unterschiedlichen Erfahrungen der Teilnehmer ließen sich die verschiedenen Aspekte der Elternarbeit aufzeigen.

Das rheinland-pfälzische Schulgesetz räumt den Eltern auf den vier relevanten Ebenen (Klasse, Schule, ADD, Ministerium) sehr weitgehende Rechte bezüglich der Information und der Möglichkeit ein, eigene Ideen und Meinungen mit einzubringen. Oftmals ist den Eltern diese weit reichende Gesetzeslage nicht bewusst und gerade Veranstaltungen wie diese sind gut geeignet, hier für mehr Aufklärung zu sorgen.

In der Diskussion wurde einvernehmlich herausgearbeitet, dass Elternarbeit immer auf Kommunikation mit den betreffenden Stellen beruht und je besser die Kommunikation, desto erfolgreicher ist die Einbringung der Eltern. Prinzipiell sollte man - egal von welcher Seite - zunächst einmal nicht in Frage stellen, dass allen am Ausbildungsprozess Beteiligten das Wohl der Kinder am Herzen liegt. Ist diese Kommunikation zwischen Eltern einerseits und Lehrer bzw. Schulleitung andererseits erst einmal eingeschlafen, gestört oder wird nur noch in Form des Austauschs von Formalismen der Art: „Das steht aber in diesem Gesetz, in dieser Verordnung...“ betrieben, steht vor der erfolgreichen, gemeinsamen Arbeit zunächst das Deeskalationsmanagement oder banaler ausgedrückt: die einfache Frage, wie kommt man wieder miteinander ins Gespräch.

*Dr. Volker Schliephake*

Forum 4: Das Lehrer-Schüler-Elterngespräch (LSEG), ein jährliches Entwicklungsgespräch:  
Lehrer, Schüler und Eltern treffen Vereinbarungen  
Referentin: Gabriele Weindel-Güdemann, LEB

Im Forum 4 wurde mit einer PowerPoint Präsentation das LSEG vorgestellt. Die anschließende Diskussion unterstrich den Stellenwert der Information über das LSEG und der Vorbereitung aller Beteiligten durch eine Fortbildung, vor einer Umsetzung an Schulen.

Die Möglichkeiten der Einführung an Schulen beurteilten die Eltern als gut. Mittelfristig wird diese Art der Kommunikation auf Augenhöhe schon dadurch nicht mehr aufzuhalten sein, weil Eltern und

Kinder das „Entwicklungsgespräch“ in den Kitas bereits kennen lernen und erfahren. Grundschulen werden die ersten sein, die auf eine steigende Nachfrage nach dem LSEG reagieren müssen.

Schulen, die sich heute schon auf diesen Kommunikationsweg machen wollen, können das LSEG als Baustein der Elternarbeit im Qualitätsprogramm verankern. Durch die Elternbeteiligung bei der Weiterentwicklung des Qualitätsprogramms können diese das LSEG an der eigenen Schule anregen und z. B. über die Steuergruppe im Qualitätsprogramm verankern.

Dabei ist es wichtig, dass ein maßgeschneiderter Einstieg gefunden wird, um LehrerInnen und Eltern zu überzeugen, daran mitzuwirken.

Der Orientierungsrahmen, anhand dessen die Schulen ihre Arbeit zum ersten Mal systematisch verorten können, beinhaltet auch das Merkmal „Schulleben“. Eine Ausprägung darin ist die „Eltern-Partizipation“. Unter „Beratungsangebote für Eltern“ findet sich dort: „Die Schule hat ein Konzept für regelmäßige Lehrer-Schüler-Elterngespräche“. Die Referentinnen und Referenten der AQS werden bei ihren Evaluationsbesuchen auch Eltern sowie Schülerinnen und Schüler befragen und Rückschlüsse über das Schulleben aus deren Antworten ziehen. Die Umsetzung des LSEG wäre ein Pfund, mit dem die Schule in diesem wichtigen Bereich wuchern kann.

Hinweise zum Weiterlesen und die oben erwähnte PowerPoint Präsentation im ungekürzten Bericht unter <http://leb.bildung-rp.de>  
*Gabriele Weindel-Güdemann*

Forum 5: Wohin nach der Grundschule?  
Referentin: Monika Bösen, IFB  
Moderator: Helmut Riedl, LEB

Die Frage nach der besten Schule für das eigene Kind hat in den vergangenen Jahren für viele Eltern an Bedeutung gewonnen. „Sind wir heutigen Eltern einfach zu besorgt, sind wir zu ehrgeizig, oder war das schon immer so?“, fragte eine Mutter in die Runde. In kleinen Arbeitsgruppen konnten gleich zu Beginn des Forums Ängste und Befürchtungen benannt und ausgetauscht werden. „Fühlt sich mein Kind in der neuen Schule wohl?“ „Ist es womöglich unter- oder überfordert?“

Die Psychologin, Monika Boesen, entkräftete im Laufe ihrer Präsentation eine zentrale Sorge vieler Eltern: „Durch die verzweigte und komplexe Schullandschaft in Rheinland-Pfalz mit ihren vielfältigen Möglichkeiten für qualifizierte Schulabschlüsse gibt es für jeden Schüler einige Möglichkeiten in besser passende Schulen zu wechseln. Der Wechsel nach der Grundschule ist keine unwiderrufliche Schicksalsentscheidung.“

Dennoch, eine solide Wahl will gut vorbereitet sein. Informationsquellen zu den verschiedenen Schultypen gibt es im Internet. Kompakt auf dem Bildungsserver der Landesregierung <http://bildung-rp.de/>. Persönlicher geht es bei Elternabenden an den Grundschulen zu und an den „Tagen der offenen Tür“ der weiterführenden Schulen. Im Zentrum der Entscheidung sollte stets die Schülerpersönlichkeit stehen, sein Lern- und Arbeitsverhalten, seine Selbstverantwortung. Wo liegen die Stärken und Schwächen? Wie geht mein Kind mit Angst und Frustration um?

Nur wer als Vater oder Mutter gut informiert ist, kann seine Kenntnisse über das eigene Kind in die Wahl des richtigen Schultyps einfließen lassen. Eine wichtige Entscheidungsgrundlage sollte das Beratungsgespräch mit dem Klassenlehrer sein. Hier kann die schulische Leistungsfähigkeit des Kindes zwischen Lehrern und Eltern besprochen werden. Auch unterschiedliche Einschätzungen über die wei-

teren Entwicklungspotenziale können hier abgeglichen werden.

Auf die Frage, welcher Rat den Eltern bei ihrer Entscheidung am hilfreichsten erscheint, wurde zuerst der Klassenlehrer genannt, aber auch andere Eltern und die Einschätzung, bzw. der Wunsch des eigenen Kindes. Bei den Erwartungen an die weiterführenden Schulen wurden die Erreichbarkeit der Schule, der Unterrichtsausfall und die Nachmittagsangebote erwähnt. An erster Stelle aber steht der Wunsch aller Eltern nach der möglichst besten Ausbildung für das eigene Kind.

*Helmut Riedl*

Forum 7: Qualitätsentwicklung in der Schule - Eltern gestalten mit  
Referentin: Kerstin Goldstein, IFB  
Moderatorin: Andrea Held, REB  
Koblenz

Der Orientierungsrahmen Schulqualität ist die gemeinsame Basis für die Qualitätsentwicklung aller Schulen in Rheinland-Pfalz. Er bietet:

- Transparenz über Merkmale guter Schulen und guten Unterrichts
- gemeinsame Sprache der Beteiligten
- Werkzeug zur internen Evaluation
- Formulierungshilfen (z. B. Zielformulierungen)
- Anregungen für weitere Entwicklungsschwerpunkte

Wenn das bisherige Qualitätsprogramm wenig Anknüpfungspunkte zum Orientierungsrahmen hat, empfiehlt sich:

- allmähliche Annäherung, auf weitere Anknüpfungspunkte einigen. Es müssen nicht alle Dimensionen abgearbeitet werden!
- Ziele klären
- Maßnahmen planen
- bedenken: Schulentwicklung ist ein Prozess

Wenn andere Aufgaben schon fast alle Ressourcen verbrauchen:

- kleine, Erfolg versprechende Ziele
- angemessene Zeiträume
- Prioritäten setzen
- viele Personen einbeziehen
- delegieren

Die komplette Power Point Präsentation unter <http://leb.bildung-rp.de>

Ein Qualitätsmerkmal aus Sicht der Eltern ist die Öffnung der Schule für eine Elternmitwirkung, die von gegenseitiger Achtung und Wertschätzung geprägt ist. Durch Eltern anzuregende Maßnahmen im Rahmen der Qualitätsentwicklung können auch gemeinsame Regeln für die Beziehungen zwischen den Gruppen, die Einführung des Lehrer-Schüler-Eltern-Gesprächs oder die Gestaltung der Elternabende sein.

Forum 8: Übergang Schule - Beruf - Sind die Kinder für die Zukunft gerüstet?

Referenten: Dirk Ostermann, IHK  
Petra Kollmann, HWK

Moderator: Franjo Schohl

Die Teilnehmer des Forums stellten eine sehr heterogene Gruppe dar: Eltern aus Förderschulen, Hauptschulen, Realschulen und aus Gymnasien informierten sich über Möglichkeiten im Übergang von der Schule ins Berufsleben. Die Referenten stellten die Kammern als kompetente Partner für die Vermittlung von Ausbildungsstellen vor



und warben für eine gute Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schulen auf der einen Seite und Handwerkskammer und Industrie- und Handelskammer auf der anderen Seite.

*Franjo Schohl*

Forum 10: Wir gestalten Ganztagschule – Eltern, Schüler und Lehrer entwickeln gemeinsam Konzepte

Referenten: Lothar Plogsties, SGL, und  
Alexander Klusmann, MBWJK

Moderator: Hubert Werner, LEB

Die Ganztagschule (GTS) ist kein Konzept in der deutschen Schultradition. Um es Teil der deutschen Schultradition werden zu lassen, müssen noch gewaltige Anstrengungen unternommen werden. Durch den gesellschaftlichen Wandel – vielfache elterliche Berufstätigkeit – trifft das Thema auf großes Interesse und hat eine andauernde Aktualität. Bei der Bildung von GTS sind Eltern überall – teilweise sehr engagiert – beteiligt.

Unterstützung durch Ministerium und Schulträger zur Umstellung einer Schule auf ein Ganztagskonzept sind von Fall zu Fall sehr unterschiedlich. Das Fehlen einheitlicher Regelungen (Konzept) lässt den Schulen und den Eltern einerseits viel Freiheit in der Umsetzung eines Ganztagskonzeptes, andererseits fehlt aber der 'Druck' auf alle Beteiligten zur Zusammenarbeit.

Lösungen zur Realisierung einer schmackhaften, bezahlbaren und gesunden Mittagkost sind das Erfolgsrezept für oder gegen eine GTS.

Die GTS bietet aus rein schulischer und erzieherischer Sicht große Vorteile. Sie trifft auf die Wünsche einer Gesellschaft im Wandel. Der Wandel ist geprägt, durch immer mehr berufstätige Eltern, die ihre Kinder ganztags in guten Händen sehen möchten, aber auch eine fachlich qualifizierte Hausaufgabenbetreuung erwarten. Auf der anderen Seite geht den Kindern wertvolle Zeit am Nachmittag verloren, die sie bisher individuell und entsprechend ihrer eigenen Neigung für Freizeitaktivitäten und für 'freies Spiel' zur Verfügung hatten. Sie werden in der GTS hinsichtlich ihrer eigenen Individualität stärker gegängelt und gesteuert als in der Vormittagsschule. **Ein Thema, das uns in Zukunft intensiv beschäftigen wird.**

*Hubert Werner*

Wo der Schuh drückt .....

## Antworten auf häufig gestellte Fragen

### Förderung sowie Leistungs-feststellung und Leistungs-beurteilung bei besonderen Schwierigkeiten im Lesen und Rechtschreiben

Der Übergang von der Grundschule in die Schulen der Sekundarstufe I bereitet Eltern von Schülerinnen und Schülern mit einer Lese-Rechtschreibschwäche besondere Sorge. Für den Grundschulbereich gibt es schon seit 1993 umfangreiche Regelungen zur besonderen Förderung und zur individuellen und differenzierten Leistungsbeurteilung. Seit Jahren kritisiert der Landeselternbeirat, dass die Regelungen im Bereich der Sekundarstufe bisher hinter den von der Kultusministerkonferenz hierzu am 04.12.2003 beschlossenen Grundsätzen zurückblieben. So war denn auch die Maßgabe für die Schullaufbahneempfehlung die Erwartung einer erfolgreichen Teilnahme am Unterricht der empfohlenen Schulart trotz bestehender Schwierigkeiten. Zur besonderen Förderung und gar zu einem Nachteilsausgleich fühlten sich weiterführende Schulen in der Regel nicht verpflichtet.

Daher begrüßt der Landeselternbeirat, dass sich dies durch die Verwaltungsvorschrift „Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Schwierigkeiten im Lesen und Rechtschreiben“ ändern wird. Seit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt vom 29. Oktober 2007 gilt sie in Schulen der Sekundarstufe I, im Berufsvorbereitungsjahr sowie in der Berufsfachschule I und II.

Die Verwaltungsvorschrift schlägt den Bogen vom allgemeinen schulgesetzlichen Auftrag zur individuellen Förderung, über die notwendige besondere Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Schwierigkeiten im Lesen und Rechtschreiben bis zum Nachteilsausgleich und zur Möglichkeit der Abweichung von den üblichen Beurteilungsregelungen. Entsprechend dem KMK-Beschluss kann in begründeten Einzelfällen auch in Abgangs- und Abschlusszeugnissen die Benotung der Rechtschreib- und Leseleistung in den betroffenen Fächern ausgesetzt werden. So wird auch bei Übergangsempfehlungen oder Übergangsberechtigungen in die gymnasiale Oberstufe und bei Aufnahmeverfahren an berufsbildenden Schulen die besondere Situation dieser Schülerinnen und Schüler berücksichtigt.

Besonders positiv ist die Verpflichtung der Schule zu individuellen Förderplänen bei besonderen Lernschwierigkeiten. Auch die vorgeschriebene enge Zusammenarbeit mit den Eltern ist gut und notwendig.

Die Verwaltungsvorschrift ist zu finden unter <http://leb.bildung-rp.de>. Sollte Ihre Schule Schwierigkeiten mit der Umsetzung haben, kann sie sich in der zuständigen Abteilung 3 des Bildungsministeriums informieren.

### Schulelternbeiratswahl

Zu jedem Schuljahresbeginn erreichen uns zahlreiche Nachfragen zur Wahl des Schulelternbeirats. Es gibt zwei Haupt-Problembereiche:

1. Auch bei der Wahl zum Schulelternbeirat muss zwischen aktivem und passivem Wahlrecht unterschieden werden. *Wahlberechtigt* sind entweder – nämlich an Förderschulen und an Schulen bis einschließlich acht Klassen – alle sorgeberechtigten Eltern sowie die mit der Erziehung und Pflege minderjähriger Schüler Beauftragten, oder – an den übrigen Schulen – vier Wahlvertreterinnen oder Wahlvertreter je Klasse. *Wählbar* sind aber auch im letzten Fall alle sorgeberechtigten Eltern sowie die mit der Erziehung und Pflege minderjähriger Schüler Beauftragten. Um dieser Regelung genüge zu tun, sollten also alle Eltern schriftlich mit einem entsprechenden Hinweis über den Termin der Schulelternbeiratswahl *informiert* werden (§ 10 SchulwahlO). Ausdrücklich *eingeladen* werden zur Wahl nur die Wahlvertreterinnen und Wahlvertreter.
2. In der Neufassung der Schulwahlordnung vom 07.10.2005 wurde ein Tatbestand für das Ausscheiden als Elternvertreterin oder Elternvertreter nicht mehr aufgenommen, nämlich wenn das Kind im Laufe der Amtszeit volljährig wird. Zum Zeitpunkt der Wahl in ein Elternvertretungsgremium muss ein Schulkind der Kandidatin oder des Kandidaten minderjährig sein. Die einmal gewählte Person bleibt jetzt auch dann im Amt, wenn ihr Kind während der Amtszeit volljährig wird. Die Ausscheidenstatbestände für Klassenelternvertreterinnen oder Klassenelternvertreter finden Sie in § 9, die für Schulelternbeiratsmitglieder in § 19 und die für Regionalelternbeirat und Landeselternbeirat in § 25 der SchulwahlO.

### Freistellung von Elternvertreterinnen und Elternvertretern

Es häufen sich Fragen nach den Freistellungsregelungen für die ehrenamtliche Tätigkeit als Elternvertreterin oder Elternvertreter auf Schulebene und auf überregionaler Ebene.

Die gewählten Elternvertreterinnen und Elternvertreter üben „ein öffentliches Ehrenamt aus. Soweit sie in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis stehen, ist ihnen auf Antrag die für die Ausübung des öffentlichen Ehrenamtes notwendige Zeit zu gewähren.“ Soweit § 38 Abs. 2 des rheinland-pfälzischen Schulgesetzes.

Es liegt im Ermessen der Arbeitgeber, ob sie diese Zeit unter Fortzahlung der Bezüge gewähren oder ob sie verlangen, dass die fragliche Zeit vor- oder nachgearbeitet wird, bzw. ob sie den Verdienst kürzen.

Nur die Mitglieder der Regionalelternbeiräte und des Landeselternbeirats erhalten für die Teilnahme an Sitzungen Fahrkostenerstattung, Tagegeld und Ersatz des Verdienstausfalls, so geregelt in § 38 Abs. 3 SchulG.

In der Vergangenheit wurden fast alle Mitglieder des Landeselternbeirats von ihren Arbeitgebern (öffentlicher Dienst und private Arbeitgeber) freigestellt. Da lediglich vereinzelt Anträge auf Erstattung des Verdienstausfalls gestellt wurden, ist davon auszugehen, dass die anderen unter Fortzahlung ihrer Bezüge freigestellt wurden. In den vereinzelt Fällen, in denen die Erstattung des Verdienstausfalls beantragt wurde, handelte es sich ausnahmslos um private Arbeitgeber.

Es wäre sehr bedauerlich, wenn das Engagement von Eltern, die sich in die Elternarbeit einbringen möchten, dadurch begrenzt wird, dass sie finanzielle Einbußen hinnehmen müssen, wenn sie an den vorgesehenen Sitzungen des ehrenamtlich tätigen Schul-, Regional- oder Landeselternbeirats teilnehmen. In Anbetracht einer angemessenen Würdigung des Ehrenamtes würden wir uns freuen, wenn alle Arbeitgeber ihre Arbeitnehmer unter Fortzahlung ihrer Bezüge für die Arbeit in der Elternvertretung freistellen würden.

Marie-Charlotte Oppen-Scholz

# Regionalelternbeirat Trier neu gewählt

Arbeitsschwerpunkte: Vernetzung und Kommunikation

Der Regionalelternbeirat (REB) für den Schulaufsichtsbezirk Trier hat sich am 27. August 2007 in den Räumlichkeiten der ADD Trier konstituiert. Der REB vertritt alle im Bezirk Trier vertretenen Schularten, also: Berufsbildende Schulen, Förderschulen, Grundschulen, Gymnasien, Hauptschulen, Privatschulen, Realschulen und Regionale Schulen.

Dabei wurde Miriam Lörz (Vertreterin der Gymnasien) von den 10 Elternvertretern zur Regionalelternsprecherin gewählt. Erster stellvertretender Sprecher wurde Rudolf Klein (Vertreter der Gymnasien), zweite Stellvertreterin Frau Loosen- Rütten (Vertreterin der Grundschulen).

Nicht erst seit der PISA-Studie ist bekannt, wie wichtig die Elternarbeit an Schulen ist und dass sie zum Gelingen der Zusammenarbeit zwischen Schülern, Lehrern und Eltern beitragen kann.

Der Regionalelternbeirat (REB) soll hierbei eine koordinierende und unterstützende Rolle einnehmen. So möchte er die in der Elternarbeit tätigen Eltern, also meist die Schulelternbeiräte (SEB), bei Bedarf in allen für Eltern und Schulen wesentlichen Fragen beraten, die Elternfortbildung fördern, die Zusammenarbeit zwischen dem Landeselternbeirat und den Schulelternbeiräten stärken und nicht zuletzt auch die Schulverwaltung (ADD) beraten.

Konkret also hat sich der REB 2007/10 zum Ziel gesetzt, die Vernetzung der verschiedenen Ebenen in der Elternmitwirkung voranzutreiben, um mehr Information weitergeben zu können, aber auch bei eventuellen



schulischen Problemen beraten bzw. an die richtigen Ansprechpartner weiterleiten zu können.

Bei fast 400 Schulen im Regierungsbezirk Trier kein ganz leichtes Unterfangen, deshalb ist hier auch die Mitarbeit der Schulelternbeiräte und Schulleiter gefragt, die an der Verbesserung der Kommunikation aller an Schule Beteiligten mitwirken können. Dabei bietet sich die Homepage des Landeselternbeirat an (<http://leb.bildung-rp.de>), über die man seine Kontaktadresse als Schulelternspreche-

rin oder Schulelternsprecher angeben kann, um so vom REB regelmäßig Informationen erhalten zu können und mit anderen Elternvertretern in Kontakt zu kommen. Auch erhält man hier die Kontaktadressen und Telefonnummern der Regionalvertreter sowie viele interessante Informationen und Links zur Elternarbeit.

Als Themenschwerpunkte der Arbeitsgruppen des REB hier einige Schlagwörter: Verbesserung der Kommunikation, Vermittlung von Rechten und Pflichten der Eltern, Verbreitung der Lehrer- Schüler- Elterngesprächs, Interne und externe Evaluation, Ausreichende Unterrichtsversorgung, Notwendige Maßnahmen der Infrastruktur an Schulen, Längeres gemeinsames Lernen.

Dabei liegt dem REB die Elternfortbildung besonders am Herzen, denn ein erhöhtes Mitwirkungsrecht der Eltern an der Schularbeit bedingt auch entsprechend fortgebildete Vertreter mit dem nötigen „Rüstzeug“. Deshalb werden jetzt im November wieder Fortbildungslehrgänge in Saarburg, Boppard und Speyer mit dem Thema Rechte und Pflichten von Eltern und Elternvertretungen/ Formen der Elternarbeit angeboten. Diese Veranstaltungen werden in Zusammenarbeit von Landeselternbeirat, Bildungsministerium, der Schulaufsicht (ADD) und dem Institut für schulische Fortbildung und schulpsychologische Beratung (IFB) angeboten (vgl. Termine auf S. 16). Anmeldungen und weitere Informationen sind über das Formular auf der LEB-Homepage (siehe oben) möglich.

Miriam Lörz



# Elternfortbildung 2008

## Block 2

### Kommunikation/Gesprächsführung Moderation

Eine gute und vertrauensvolle Kommunikation zwischen Elternhaus und Schule ist grundlegende Voraussetzung für schulischen Erfolg. Die Veranstaltung zielt auf Stärkung der Kommunikationskompetenz. Es gibt hilfreiche Tipps insbesondere zur Gesprächsgestaltung mit Lehrkräften sowie Schulleiterinnen und Schulleitern zur Moderation eines Elternabends und zur Leitung einer Schulelternbeiratsitzung.

Teilnehmerkreis: Grundschulen/Förderschulen

19. Januar 2008 Speyer IFB-Nr: 814 3001 01

19. Januar 2008 Boppard IFB-Nr: 814 3001 02

19. Januar 2008 Saarburg IFB-Nr: 814 3001 03

Teilnehmerkreis: Weiterführende Schulen

26. Januar 2008 Speyer IFB-Nr: 814 3002 01

26. Januar 2008 Boppard IFB-Nr: 814 3002 02

26. Januar 2008 Saarburg IFB-Nr: 814 3002 03

## Block 3

### Wie können Eltern die Entwicklung ihrer Schule mitgestalten? – Gemeinsame Arbeit am Beispiel des Qualitätsprogramms

Elternkooperation bei der Erarbeitung eines schuleigenen Qualitätsprogramms ist eine neue, inhaltlich anspruchsvolle Aufgabe für Elternvertreterinnen und -vertreter. Hier erhalten Sie einen Überblick über den derzeitigen Stand der Qualitätsinitiative des Landes und die notwendigen Informationen und Anregungen, um kompetent am Qualitätsprogramm Ihrer Schule mitzuarbeiten.

Teilnehmerkreis: Grundschulen/Förderschulen

19. April 2008 Speyer IFB-Nr: 814 3001 04

19. April 2008 Boppard IFB-Nr: 814 3001 05

19. April 2008 Saarburg IFB-Nr: 814 3001 06

Teilnehmerkreis: Weiterführende Schulen

26. April 2008 Speyer IFB-Nr: 814 3002 04

26. April 2008 Boppard IFB-Nr: 814 3002 05

26. April 2008 Saarburg IFB-Nr: 814 3002 06

## Block 4

### Anregungen für das Lehrer-Schüler-Eltern- Gespräch – Vorbereitungshilfe an Hand des Leitfadens

Hier erhalten Eltern Anregungen und Vorschläge, wie ein Lehrer-Schüler-Eltern-Gespräch aufgebaut und effizient geführt werden kann. Die Veranstaltung soll die Kommunikationskompetenz von Eltern stärken und Strukturhilfen zur Gesprächsvor- und nachbereitung vermitteln. Der Leitfaden für ein Lehrer-Schüler-Eltern-Gespräch wird intensiv erläutert, praktische Übungen sollen Eltern den Einstieg in diese Form des Dialogs erleichtern.

Teilnehmerkreis: Grundschulen/Förderschulen

16. August 2008 Speyer noch ohne IFB-Nr.

16. August 2008 Boppard

16. August 2008 Saarburg

Teilnehmerkreis: Weiterführende Schulen

23. August 2008 Speyer noch ohne IFB-Nr.

23. August 2008 Boppard

23. August 2008 Saarburg

## Block 1

### Rechte und Pflichten von Eltern und Eltern- vertretungen/Formen der Elternarbeit

Eltern werden in diesem Kurs grundsätzlich über ihre Rechte und Pflichten in der Schule informiert. Die Strukturen der Elternarbeit in Rheinland-Pfalz werden vorgestellt und erläutert. Elternvertreterinnen und -vertreter erfahren Grundsätzliches über die Arbeit von Klassenelternsprecherinnen und Klassenelternsprechern sowie des Schulelternbeirats. Sie erhalten Tipps im Umgang mit Schulen, zur Organisation und Gestaltung von Elternabenden und Schulelternbeiratsitzungen u. v. m. Praxisnahe Beispiele helfen, Fragen zu klären und geben Anregungen für die tägliche Arbeit in der eigenen Schule.

Teilnehmerkreis: Grundschulen/Förderschulen

22. November 2008 Saarburg noch ohne IFB-Nr.

22. November 2008 Boppard

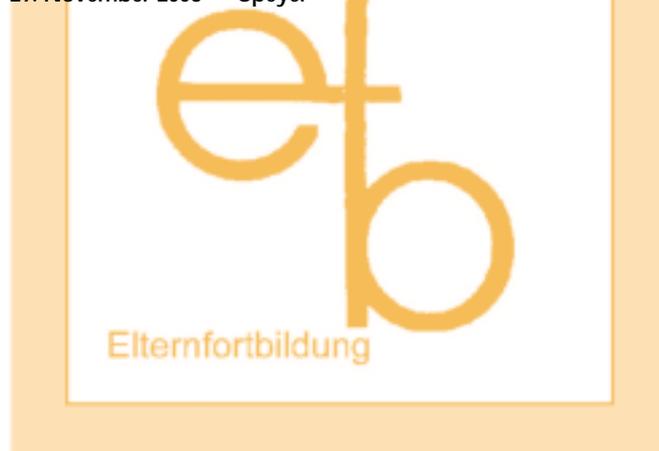
22. November 2008 Speyer

Teilnehmerkreis: Weiterführende Schulen

29. November 2008 Saarburg noch ohne IFB-Nr.

29. November 2008 Boppard

29. November 2008 Speyer



### Leitung der Veranstaltungen

Ein Expertenteam führt durch die Veranstaltungen. Jeweils eine Schulpsychologin oder ein Schulpsychologe des IFB, eine Vertreterin oder ein Vertreter der ADD (Schulaufsicht), eine Schulleiterin oder ein Schulleiter sowie eine erfahrene Elternvertreterin oder ein Elternvertreter (Regionalelternbeirat oder Landeselternbeirat) bringen die unterschiedlichen Sichtweisen der schulischen Professionen ein und stehen den Eltern als Ansprechpartner zur Verfügung. Der Austausch von Eltern untereinander motiviert und regt zur lokalen Netzwerkbildung an.

### Mögliche Anmeldeverfahren:

- Per Fax: 06232-659-120
- Per Post: IFB Speyer, Postfach 1680, 67326 Speyer
- Per Telefon: 06581-9167-10; (IFB Saarburg, Andrea Pogrzeba)
- Per Email: [andrea.pogrzeba@ifb.bildung-rp.de](mailto:andrea.pogrzeba@ifb.bildung-rp.de)

Die Fortbildungsveranstaltungen dauern von 09:30 Uhr bis 16:00 Uhr. Nähere Informationen zur Elternfortbildung sowie den Anmeldebogen mit genauen Terminen und Veranstaltungsorten finden Sie auf den Homepages

- des MBWJK: <http://eltern.bildung-rp.de>
- des LEB: <http://leb.bildung-rp.de> und
- des IFB: <http://ifb.bildung-rp.de>

Das Programm sowie ein Einladungsschreiben geht den Teilnehmerinnen und Teilnehmern etwa 14 Tage vor Veranstaltungsbeginn zu. Bitte beachten Sie, dass weder Fahrt- noch Verpflegungskosten übernommen werden. Die Fortbildungen selbst sind kostenfrei.